

Pressestelle, Freitag, 7. November 2014

Bürgermeister Tybussek äußert sich zum kommunalen Finanzausgleich

Die aktuelle Berechnung zur Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs ab 2016, die sich auf das Jahr 2014 bezieht, sieht für die Stadt Mühlheim gut 1,6 Mio. € höhere Schlüsselzuweisungen vor. Bürgermeister Daniel Tybussek sieht seine Einschätzung, dass Mühlheim bisher unter einem strukturellen Defizit litt, bestätigt: „Die Neuzuweisung zeigt, dass wir für unsere Aufgaben in den letzten Jahren nicht die notwendige Finanzausstattung erhalten haben.“ Dennoch sieht er diese Umstrukturierung nicht nur positiv. „Die Unterstützung der Kommunen durch das Land Hessen ist nicht höher geworden, sondern wurde nur umverteilt. Geld, das uns zugesprochen wird, wird anderen Kommunen entzogen. Kommunen dürfen sich so nicht gegeneinander ausspielen lassen, sondern müssen sich solidarisieren“, fordert Tybussek. Der Hessische Städte- und Gemeindebund hat errechnet, dass die hessischen Gemeinden und Städte deutlich mehr Geld benötigen – diese Zahlen hat das Land Hessen bisher auch noch nicht widerlegt.

Trotz der höheren Schlüsselzuweisungen bleibt der Mühlheimer Haushalt defizitär, es würden weiterhin rund 7 Mio. € in 2014 fehlen, die dann eingespart werden müssten. „Die Erklärung bleibt offen!“, bemängelt der Rathauschef. Und auch auf die Entwicklung der Grundsteuer blickt Tybussek kritisch. Bisher liegt Mühlheim über den Vorgaben vom Land Hessen von 431%, der für die Haushaltsgenehmigung 2015 relevant ist. Da aber alle Kommunen über dem Schnitt liegen müssen, wird sich auch dieser Wert in den kommenden Jahren erhöhen und Mühlheim ist gezwungen, die Grundsteuer erneut anzupassen. „Mit dieser Grundsteuerspirale sind wir Zwängen ausgesetzt, die wir nicht beeinflussen können“, bemerkt Tybussek. „In dieser ganzen Sache wird mit einer Doppelzunge gesprochen. Während der Finanzminister die Kommunikation und die Einbindung der Kommunen suggeriert, kommt von Innenminister Beuth die Keule. Durch die Vorgabe, 2017 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, bleiben die Kommunen weiterhin fremdbestimmt. Die freiwilligen Leistungen sind so gefährdet wie noch nie – und diese zu streichen, würde einem sozialen und kulturellen Kahlschlag gleichkommen“, sagt Tybussek abschließend.